
Polen – Internationale Beziehungen

Kurzbeschreibung des Moduls

Die friedliche Revolution 1989 hatte für Polen nicht nur den Neuaufbau eines freiheitlich-demokratischen politischen Systems zur Folge, sondern auch die Neustrukturierung seiner Außenpolitik. Sowohl sicherheitspolitisch (Beitritt zur NATO 1999) als auch politisch und wirtschaftlich (Beitritt zur EU 2004) richtete das Land sich neu aus. Es trat bestehenden Bündnissen bei und setzte eigene außenpolitische Akzente insbesondere auch gegenüber den Nachbarländern.

Das vorliegende Modul zeigt am Beispiel Polens die Schwierigkeiten, aber auch die Chancen, sich – nicht zuletzt vor dem Hintergrund historischer Belastungen im Verhältnis zu den Nachbarländern – in den Strukturen von NATO und EU zu verorten und gleichzeitig als Mittler zum Osten eine neue Rolle einzunehmen. Gleichzeitig sollen die damit verbundenen neuen sicherheitspolitischen Abwägungen gerade in einer Randlage des NATO-Bündnisses in Europa vermittelt werden.

Das Modul enthält

- eine **didaktische Einführung** zum Thema
- Hinweise **zu Referatsthemen, weiterführender Literatur** sowie **Links**
- **Arbeitsblatt 1:** Polen und seine Nachbarländer (Geografie, politische Beziehungen)
- **Arbeitsblatt 2:** Polen und die Europäische Union
- **Arbeitsblatt 3:** Polen in Nato und EU: Chancen und Hoffnungen
- **Arbeitsblatt 4:** Zum Verhältnis Polen – Deutschland – USA

Didaktische Einführung zum Thema

Polen – Internationale Beziehungen

Thematische Einführung

Der Beitritt Polens zur NATO (1999) und zur Europäischen Union (2004) verankerte das Land sicherheitspolitisch und institutionell in einem politischen Europa, das nach 1990 seine Strukturen grundlegend verändert hatte. Jenseits von Polens Grenzen waren neue souveräne Staaten entstanden, die ihre Rolle in Europa erst finden mussten. Für Polen war, insbesondere im Vorfeld des EU-Beitritts, die Frage von Bedeutung, inwieweit das Land nach langen Jahrzehnten der Abhängigkeit bereit war, Souveränitätsrechte an ein supranationales politisches Bündnis abzugeben. Auch die geografische Mittellage zwischen Deutschland und Russland, und damit auch eine neue, sicherheitspolitische Randlage nach dem NATO-Beitritt, prägten seitdem das politische Agieren der polnischen Regierungen, deren Bestreben es sein musste, vor allem zur Ukraine und zu Russland trotz aller historischen Belastungen ein stabiles und auf Vertrauen basierendes Verhältnis aufzubauen.

Hinweise zum Einsatz im Unterricht

Das Thema „Polen – Internationale Beziehungen“ ließe sich behandeln

- da Polen vor über 15 Jahren der EU und vor über 20 Jahren der NATO beitrug
- im Rahmen von an Schulen stattfindenden Europawochen
- im Kontext der Unterrichtseinheiten „Entwicklung der Europäischen Union“ sowie „Europäische Sicherheitspolitik“

Filme

1. **Das Erste – EU/Polen: Gestörte Beziehung - 15 Jahre nach der Osterweiterung**
(Link zum Europamagazin vom 24.11.2019)

Die 8-minütige Dokumentation schaut auf die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Polen und Ungarn und beleuchtet deren Verhältnis zur EU. Während die national-konservativen Regierungen in Ungarn und Polen mit anti-europäischen Parolen Stimmung im eigenen Land hält die EU dagegen. Auf beiden Seiten hat das merklich zu Spannungen geführt.

2. **ZDFinfo – Wut auf Brüssel Polen, Ungarn und die EU** (Youtube-Link)
(Dokumentation vom 21.06.2019)

Die einstündige Dokumentation beleuchtet ausführlich Polens Verhältnis zur EU. Sie zeigt, dass die Europa-Euphorie 15 Jahre nach der Osterweiterung auf der politischen Ebene offenbar nachgelassen hat und schaut auf die Hintergründe dafür.

Einführungstext

Der Einführungstext fasst die wichtigsten politischen und sicherheitspolitischen Entwicklungen Polens seit 1989 zusammen. Da davon ausgegangen werden muss, dass die Grundkenntnisse der Schülerinnen und Schüler im Hinblick auf das Thema eher gering sind, kann der Einführungstext auch ihnen als Informationsquelle zur Bearbeitung der Arbeitsblätter dienen.

Themen der Arbeitsblätter

- **Arbeitsblatt 1:** Polen und seine Nachbarländer (Geografie, politische Beziehungen)
- **Arbeitsblatt 2:** Polen und die Europäische Union
- **Arbeitsblatt 3:** Polen in Nato und EU: Chancen und Hoffnungen
- **Arbeitsblatt 4:** Zum Verhältnis Polen – Deutschland – USA

Themen, Links und Literatur

1. Themen für Referate und Literaturhinweise

Die Themenvorschläge für Referate oder Hausarbeiten sollen den Lehrenden die Möglichkeit aufzeigen, das Thema über den Unterricht hinaus mit den Schülerinnen und Schülern zu bearbeiten. Die nachfolgenden Hinweise zur Sekundärliteratur erleichtern die Recherche, geben erste Anhaltspunkte und bieten Informationen für den Arbeitseinstieg.

Der Beitritt Polens zur EU: Hoffnungen und Befürchtungen und was aus ihnen geworden ist.

Der Beitritt Polens zur NATO: Polens Bedürfnis nach Sicherheit in Europa und was aus diesem geworden ist.

Polen in Europa: Der schwierige Weg zur guten Nachbarschaft am Beispiel von zwei Nachbarländern.

Polen in Europa: Das Gewandelte Verhältnis Warschaus zu Brüssel.

2. Das Thema im Internet (2009-2020)

Hier finden sich Hinweise auf weiterführende Materialien zum Thema, die im Internet vorhanden sind und das Modul ergänzen können:

Beiträge in der freien Enzyklopädie Wikipedia (mehrere Links)

[Die polnische EU-Ratspräsidentschaft 2011](#)

[Die polnische Außenpolitik](#)

[Die polnische Europa-Politik](#)

Aktuelle Informationen vom [Center for International Relations Warsaw](#)

Informationen auf der Homepage der deutschen Botschaft in Warschau zum Thema

[„Deutsch-polnische Aussöhnung“](#)

[Polen-Analysen \(Link\)](#). Zweimal im Monat erscheinende Online-Publikation, herausgegeben vom Deutschen Polen-Institut, der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, mit aktuellen Analysen

Lidia Gibadło, Melchior Szczepanik: Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020. Polnische Perspektiven und Erwartungen, in: [Nr. 258 vom 16.06.2020](#), S. 2–7.

Piotr Buras: [Polen in der Europäischen Union: Konflikte und falsche Ansätze](#), in: [Nr. 206 vom 04.10.2017](#), S. 2–6.

Aleksander Fuksiewicz, Agnieszka Łada: [Wann sind zwei plus zwei nicht vier? Die Visegrád-Gruppe und die Zukunft Europas \(2017\)](#), in: [Nr. 203 vom 04.07.2017](#), S. 2–7.

Dossier Polen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) zum Thema "Polen und seine Nachbarn" (mehrere [Links](#)) mit Beiträgen von:

Thomas Jäger: Deutschland und Polen als Nachbarn in der EU (2009)

Jacek Cichocki, Wojciech Konończuk: Polen und seine östlichen Nachbarn (2009)
Die Beziehungen zu Russland (2009)
Die Beziehungen zur Ukraine (2009)
Die Beziehungen zu Belarus (2009)

Thomas Mehlhausen: Polens Rolle in der EU (2009)

Adam Balcer: Analyse, Nationale Geschichtspolitik, restriktive Sicherheit und illiberale Demokratie – Die polnische Ostpolitik unter der PiS-Regierung (2019)

Paweł Behrendt: Analyse. Polen und die Neue Seidenstraße (2019)

Dokumentation: Das Außenministerium der Republik Polen: Östliche Partnerschaft (2019)

Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) zum Thema „Europäische Baustellen“ ([Link](#)):

Krzysztof Ruchniewicz: Droht der Polexit? (2020)

Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit mit einem Beitrag zu den polnisch-amerikanischen Beziehungen:

Kai-Olaf Lang: Polens unersetzbarer Partner. Warschau vertieft den sicherheitspolitischen Bilateralismus mit den USA. In: SWP-Aktuell Nr. 37 (2019)

Zeit-Online mit Blick auf das deutsch-polnische Verhältnis und die gegenseitige Wahrnehmung in beiden Ländern:

Felix Ackermann: Polen. Unsere Krise, eure Krise (2016)

3. Weiterführende Sekundärliteratur (2009-2020)

K. O. Lang, *Polens Rolle in der internationalen Politik*, in: *Informationen zur politischen Bildung*, Nr. 311 (2011), S. 58–65. ([Link zum bpb-Online-Artikel](#))

D. Bingen, P. O. Loew, K. Ruchniewicz, *Erwachsene Nachbarschaft. Die deutsch-polnischen Beziehungen 1991 bis 2011*, M. Zybura (Hrsg.), Wiesbaden 2011.
 →Link zum [Inhaltsverzeichnis](#)

A. Kociotek, M. Zarouni, *Polen*, in: W. Gieler (Hrsg.): *Außenpolitik im europäischen Vergleich. Ein Handbuch der Staaten Europas von A-Z*. Berlin 2012

K. Bachmann u. A. Tomaszewska, *Polen und Europa*, in: *Polnische Gesellschaft*, Kneip, M. Kneip und M. Mack (Hrsg.), Berlin 2012, S. 57-60.

D. Bingen, K. Ruchniewicz (Hrsg.), *Länderbericht Polen. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur*, Bonn 2009.
 →Link zum [Inhaltsverzeichnis](#)

G. Gnauck, *Polen verstehen: Geschichte. Politik, Gesellschaft*, Stuttgart 2018
 →Link zum [Inhaltsverzeichnis](#)

Einführung

Die **friedliche Revolution im Jahr 1989** veränderte nicht nur die innenpolitischen, sondern auch die außenpolitischen Optionen und Orientierungen Polens grundlegend.

Ein Leitmotiv war dabei die „**Rückkehr nach Europa**“, verstanden als **Herauslösung aus dem sowjetischen Herrschaftsbereich** und **Eingliederung in die politischen und wirtschaftlichen Strukturen des Westens**. Konkret hieß das, dass man die Aufnahme in die EG (später EU) und in die NATO anstrebte. Zugleich mussten die Beziehungen zu den neuen Nachbarn im Osten wie im Westen neu verhandelt werden.

Nach 1989 waren nacheinander die UdSSR, der RGW und der Warschauer Pakt zerfallen, die sowjetische Armee hatte nach und nach ihre Stützpunkte in der DDR, Polen und anderen ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten geräumt. Nun versuchten die ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten und die aus der UdSSR hervorgegangenen unabhängigen Staaten, ihre Beziehungen miteinander zu regeln. Während sich die **Zahl der Nachbarn Polens im Osten und Süden vervielfacht** hatte, gab es im Westen nur noch ein Deutschland.

Mit Russland, der Ukraine, Weißrussland, Litauen und Deutschland schloss Polen nach 1989 **Nachbarschaftsverträge**, in denen die bestehenden Grenzen bestätigt und die Grundlagen für die zukünftige Zusammenarbeit gelegt wurden. Als besonders problematisch erwiesen sich die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn, denn durch die Grenzverschiebungen infolge des Zweiten Weltkrieges und die Vertreibungen gab es in Litauen, Weißrussland und der Ukraine **starke polnische Minderheiten**. Historische Konflikte, die während der kommunistischen Zeit tabuisiert worden waren, wurden nun in den Medien und in der Wissenschaft aufgearbeitet und Gegenstand der politischen Auseinandersetzung. Zukunftsweisend war die Gewährung der Rechte für die polnischen Minderheiten in Litauen, Weißrussland und der Ukraine, ihre eigenen Organisationen zu gründen sowie Kontakte mit Landsleuten in Polen und ihr kulturelles Erbe zu pflegen.

Das Gleiche galt nun auch für ukrainische, weißrussische und litauische Minderheiten in Polen. 1997 gaben der polnische Präsident Aleksander Kwaśniewski {*kwasch-njewski*} und sein ukrainischer Amtskollege Leonid Kutschma eine „**Versöhnungserklärung**“ ab, in der sie ihr Bedauern über die grausamen und blutigen Ereignisse zwischen beiden Völkern zum Ausdruck brachten. Gemeint waren dabei vor allem die Massenmorde und die Vertreibung der polnischen Bevölkerung aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten in den Jahren 1942 bis 1946 sowie die Vertreibung der ukrainischen Minderheit aus Südostpolen 1947, die in jene Gebiete im Westen Polens umgesiedelt wurde (Aktion Weichsel), aus denen 1945 die deutsche Bevölkerung vertrieben worden war.

Nachdem Polen die Beziehungen zu seinen östlichen Nachbarn auf eine neue Grundlage gestellt und die Zustimmung vor allem der USA und Deutschlands gefunden hatte, wurde es im März 1999 – gemeinsam **mit Tschechien und Ungarn – in die NATO aufgenommen**. Für Polen war dies deshalb wichtig, weil die Beziehungen mit Russland und Weißrussland gespannt waren.

Zwischen 1998 und 2003 verhandelte Polen mit der EU über die Beitrittsbedingungen. Zu Beginn waren diese Verhandlungen vor allem von Hoffnungen auf eine schnellere Modernisierung des Landes begleitet. Je weiter sie fortschritten, desto kritischer wurde die Einstellung der polnischen Bevölkerung, die bald befürchtete, eine weitere Liberalisierung des Handels, der ungehinderte Zugang von ausländischen Investitionen und die politischen Verpflichtungen, die sich aus der Mitgliedschaft ergeben würden, könnten Polen seiner Souveränität und kulturellen Identität berauben und zur Verarmung des Landes und zu einer höheren Arbeitslosigkeit führen. Schließlich stimmten aber 2003 in einem Referendum über 77 % der an der Abstimmung teilnehmenden Polen für den EU-Beitritt. Auch in einigen EU-Mitgliedsländern wuchsen die Ängste vor einer ungehinderten Einwanderung von Polen und davor, dass Arbeitskräfte aus Polen die Löhne nach unten drücken könnten.

Bereits kurz nach dem **Beitritt am 1. Mai 2004** erwies sich jedoch, dass fast alle Befürchtungen unberechtigt gewesen waren. Polen emigrierten vor allem nach Großbritannien, Irland, Schweden und Norwegen, also in Länder, die ihren Arbeitsmarkt geöffnet hatten. Dort war die Arbeitslosigkeit niedriger, es wurden zusätzliche Arbeitskräfte gebraucht und die bürokratischen Hürden für eine Arbeitsaufnahme waren geringer als in Deutschland, Österreich und Frankreich. **Polens Bauern**, die vor 2004 mehrheitlich gegen

den EU-Beitritt gewesen waren, wurden dank der EU-Agrarsubventionen nun zu **EU-Nutznießern** und Befürwortern der Mitgliedschaft. Umfangreiche, von der EU geförderte Infrastrukturmaßnahmen und die Aufhebung der Grenzkontrollen im Rahmen des Schengener Abkommens (Beitritt Polens am 21. Dezember 2007) sorgten dafür, dass die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft in Polen sehr hoch und stabil blieb.

Probleme brachte die neue EU-Außengrenze vor allem für **Polens östliche Nachbarn**, für die es nun schwieriger wurde, nach Polen zu reisen und mit Polen Handel zu treiben.

Durch die Reformen von 1990 und einen erneuten **Reformschub unter der Regierung von Jerzy Buzek** {jeschi busek} Ende der 1990er-Jahre holte Polen wirtschaftlich immer mehr auf. Der Kurs des Złoty und die Realeinkommen stiegen und die Arbeitslosigkeit ging zurück. Polen wurde zu einem **attraktiven Handelspartner**, zog Investitionen an und gewann international an Gewicht. Innerhalb der NATO orientierte sich das Land stark an den USA und unterstützte deshalb auch die von den USA geführte **Intervention in Afghanistan (2001)** und **den Angriff auf den Irak (2003)**.

Das **gesteigerte Selbstbewusstsein Polens** machte sich nach dem EU-Beitritt auch innerhalb der EU-Institutionen bemerkbar. Nach anfänglicher Passivität entwickelte Polen immer mehr Initiativen zur Zusammenarbeit zwischen der EU und Polens östlichen Nachbarn.

Am 1. Juli 2011 übernahm Polen erstmals die **EU-Ratspräsidentschaft**. In den Leitlinien zur Präsidentschaft war das Selbstbewusstsein nach der gelungenen „Rückkehr nach Europa“ deutlich erkennbar. Auf der Agenda standen die **Liberalisierung des Binnenmarkts**, das **Ankurbeln des Wachstums**, aber auch die **Solidarität**, was sich nicht zuletzt in der **Offenheit gegenüber einer EU-Erweiterung** und besonders im **Engagement für die Östliche Partnerschaft** sowie in der **Unterstützung der Demokratisierung in den arabischen Ländern** gezeigt hat.

Mit Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) Ende 2015 haben sich die internationalen Beziehungen Polens gegenüber seinen Nachbarstaaten und der EU gewandelt. Durch die positive gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der vorangegangenen 30 Jahre hat das Land weiter an nationalem Selbstwertgefühl dazugewonnen. So betrachtet die neue polnische Regierung bestimmte Vorgaben vonseiten der EU weiterhin als Einflussnahme auf seine nationale Souveränität. Dabei zielt seine außenpolitische Haltung außerdem auf **eine möglichst eigenständige Position innerhalb der europäischen Gemeinschaft** ab. Obwohl die Zustimmung zur EU in der polnischen Bevölkerung insgesamt hoch ist, ergeben sich mehrere Konfliktpunkte zwischen der rechtskonservativen PiS-Regierung und der EU-Kommission: Mit **Herausbildung illiberaler demokratischer Strukturen** führt vor allem der **Umbau der öffentlich-rechtlichen Medien** und damit verbundene **Einschränkungen bei der freien Meinungsäußerung** sowie die **Umsetzung von Reformen im Justizwesen** zu Uneinigkeit. Durch die zunehmend unter politische Kontrolle der regierenden Mehrheit im Senat gebrachte Medienlandschaft und Rechtsprechung befürchtet die EU in Polen die Aushöhlung rechtsstaatlicher Grundwerte. Da die EU-Kommission hierin eine Verletzung des bestehenden europäischen Rechts sieht, hat sie im Dezember 2017 auf Grundlage des Artikels 7, Absatz 1 ein **Verfahren zur Prüfung der Unabhängigkeit der Justiz** in Polen eingeleitet. Anfang 2020 wurde dieses durch ein "Monitoring-Verfahren" zur Überprüfung der Situation vor Ort ergänzt.

Die PiS-Regierung versucht **die Beziehungen zu seinen mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten** vor allem **auf Grundlage eigener bilateraler Initiativen** zu stärken. Dieses zeigt sich zum Beispiel in der Beteiligung an einer eher losen Allianz wie der **Visegrád-Gruppe**, in der Polen zusammen mit der Slowakei, Tschechien und Ungarn den Schulterschluss bei außenpolitischen Themen wie der europäischen Flüchtlingspolitik, der Geschwindigkeit der europäischen Integration, institutionelle Reformen sowie eine gemeinsame Haltung gegenüber der Rolle Deutschlands in Europa sowie dem Auftreten Russlands sucht.

Die gegenseitigen Beziehungen zwischen Polen und der sich demokratisierenden Ukraine sind **durch das historische Narrativ der PiS belastet**, welches die östlichen Gebiete des ehemaligen Polens im heutigen Litauen, der Ukraine und Weißrussland mit seine Vorstellungen einer polnischen Nation Opfern und Helden zusammenbringt. Derlei Spannungen, die auf eine voneinander abweichenden Interpretation historischer Fragen beruht, spiegelt sich beispielsweise auch im Streit mit Russland wider: Zum Jahreswechsel

2019/20 verteidigte der russische Präsident Wladimir Putin beispielsweise den Hitler-Stalin-Pakt 1939 und provozierte international mit der Behauptung, dass Polen eine Mitschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs habe.

Nach mehrjährigen Vorbereitungen bahnte sich im April 2010 zunächst eine **deutliche Verbesserung des gespannten polnisch-russischen Verhältnisses** an, als Ministerpräsident Wladimir Putin den damaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk, aus Anlass des Jahrestags des Massakers von Katyn, zu einem Besuch einlud. Da der damalige Präsident Lech Kaczyński nicht eingeladen war, organisierte er in **Katyn eine eigene Gedenkveranstaltung** mit polnischen Militärs, Politikern und Angehörigen von Opfern des Massakers. Beim Versuch, bei starkem Nebel auf dem nahegelegenen Flughafen von Smolensk zu landen, zerschellte das Flugzeug. Alle Insassen, darunter Kaczyński selbst und zahlreiche andere Politiker und hohe Militärs, kamen dabei ums Leben. Nach der Katastrophe glaubten viele angesichts der Beileidsbekundungen der russischen Regierung und aus der russischen Bevölkerung an eine spürbare Verbesserung im polnisch-russischen Verhältnis. Streitigkeiten bei der Aufklärung des Absturzes und gegenseitige Schuldzuweisungen machten jedoch schon bald einer Ernüchterung Platz. Durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die Ukrainekrise seit 2014 verschlechterten sich die gegenseitigen Beziehungen Polens mit Russland weiter. Aus Sorge vor weiteren möglichen Aggressionen auch Polen gegenüber und infolge des NATO-Gipfels 2016 in Warschau kündigte die polnische Regierung ihr Abkommen mit Russland zur Regelung des Grenzverkehrs zur Oblast Kaliningrad.

Polen tritt seit der Ukrainekrise sicherheitspolitisch für eine deutlich verstärkte Grenzsicherung am östlichen Rande Europas ein und befürwortet im Rahmen der NATO-Strategie "Enhanced Forward Presence" die Stationierung von NATO-Truppen in den baltischen Staaten und im eigenen Land. Hierbei kommt der **engen sicherheitspolitischen Anlehnung an die USA** hohe Bedeutung zu. Diese erklärt sich vor allem daraus, dass Polen an autoritär regierte Staaten (Russland und Weißrussland) grenzt und die USA der militärisch mächtigste NATO-Mitgliedsstaat sind. Polnische Regierungen haben sich in der Vergangenheit immer um eine möglichst starke militärische Anwesenheit der USA in ihrem Land bemüht. In einem Konfliktfall würden so fast automatisch US-Truppen in Auseinandersetzungen verwickelt und die USA müssten sich dann in dem Konflikt engagieren. Polen sieht daher allein schon in der Anwesenheit von US-Truppen und militärischen Einrichtungen eine Abschreckung für eventuelle Angreifer. Mitte 2019 bekräftigten der polnische Staatspräsident Andrzej Duda und US-Präsident Donald Trump die gegenseitigen Beziehungen erneut während eines Zusammentreffens, indem weitere bilaterale Vereinbarungen getroffen wurden. Diese beinhalteten auch Lieferungen mit Militärausrüstung sowie die Bereitstellung weiteren militärischen Personals.

Polen ist aufgrund seiner historischen Erfahrungen sicher nicht immer ein einfacher, aber mittlerweile ein berechenbarer, geschätzter und verlässlicher Partner in den internationalen Beziehungen.

Arbeitsblatt 1: Polen und seine Nachbarländer

1. Tragen Sie in die Karte die Namen der Nachbarländer Polens ein. Wie hießen die Länder vor 1989?



2. Tragen Sie mit Hilfe des Einführungstextes sowie eigener Recherchen entsprechende Stichpunkte in nachstehende Tabelle ein. Verwenden Sie u.a.: Nachbarschaftsvertrag, Anerkennung von Rechten für Minderheiten, Tabuisierung historischer Konflikte, Warschauer Pakt, Kalter Krieg, angespanntes Verhältnis, mediale und wissenschaftliche Aufarbeitung historischer Konflikte, Versöhnung, wirtschaftliche Zusammenarbeit, gegenseitige politische Unterstützung, Flugzeugunglück Smolensk, gemeinsam in NATO

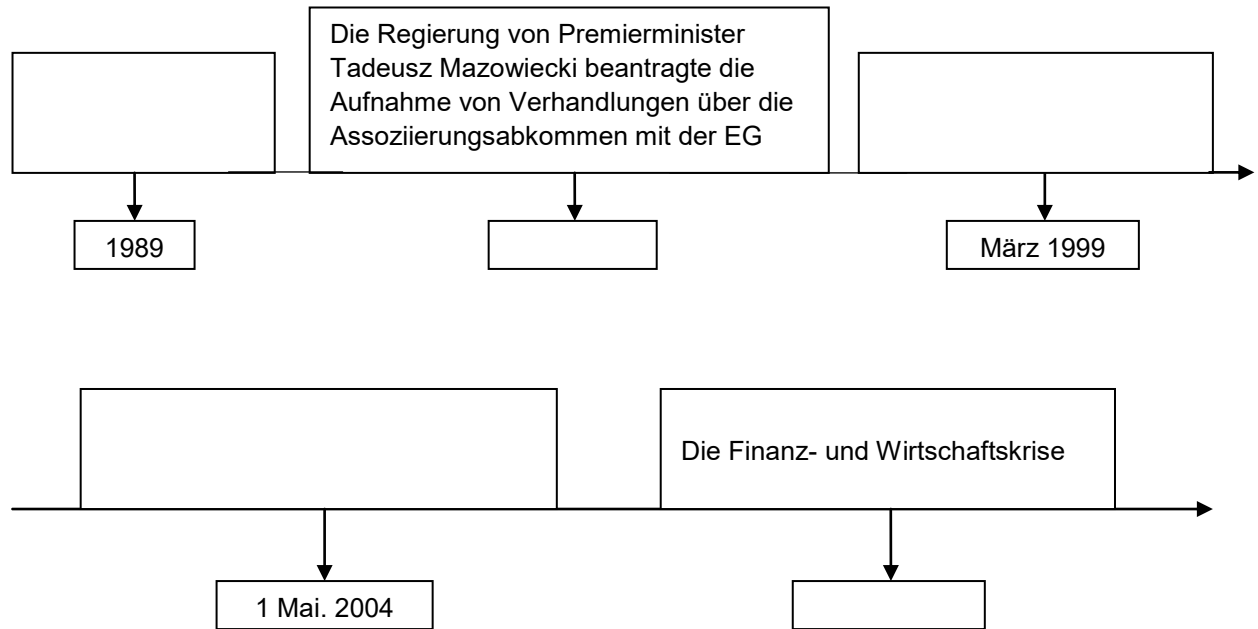
Mehrfachnennungen sind möglich.

Polens Verhältnis zu:

Nachbarland	vor 1989	nach 1989	heute
Russland			
Ukraine			
Belarus			
Deutschland			

Arbeitsblatt 2: Polen und die Europäische Union

1. Tragen Sie in die leeren Felder die jeweiligen Ereignisse der polnischen Geschichte bzw. die Jahreszahlen ein.



2. Füllen Sie die Tabelle mit Hilfe des Einführungstextes aus.

	EU	NATO
Gründe für den Beitritt		
Vor- und Nachteile des Beitritts		

Arbeitsblatt 3: Polen in der Nato und Europa: Chancen und Hoffnungen

Meilensteine in der Geschichte des Landes waren die Beitritte zu Nato und EU. In ein starkes Bündnis seiner historischen Partner im Westen aufgenommen zu werden, ein Bündnis, das zur Verteidigung seines Gebiets noch nie einen Schuss abgeben musste, erschien wie die Erfüllung eines alten polnischen Traums. So wurde – trotz Kritik aus Russland – der Beitritt des Landes in die Nato für das Jahr 1999 ins Auge gefasst. Sich in den Strukturen des Westens fest zu verankern und mit den östlichen Nachbarn gute Beziehungen zu pflegen – das erschien fast allen polnischen Regierungen als das Gebot dieser Jahre. Dass Polen statt drei Nachbarn (vor 1989) jetzt gleich sieben hatte, änderte nichts an der Wichtigkeit dieses Grundsatzes.

Mit Deutschland war die Lage klar. Der wirtschaftlich wichtigste Nachbar hatte sich nach dem 2. Weltkrieg innerlich gewandelt. Mit der Ukraine, Weißrussland und Litauen verlief die Entwicklung nicht ganz so dynamisch, auch wenn die Doktrin, Realpolitik zu treiben und gute Nachbarschaft zu pflegen, zum außenpolitischen Grundkonsens gehörte. Wie Deutschland wollte auch Polen einen „Puffer“ zur Sicherheit im Osten gegenüber einem möglicherweise eines Tages instabil und gefährlich werdenden Russland. Die Hoffnungen haben sich zum Teil erfüllt.

Der geplante EU-Beitritt bedeutete die mühsame Übertragung von zehntausenden Seiten EU-Rechts ins Rechtssystem des Beitrittslandes, die endgültige Öffnung der Märkte für ausländische Konkurrenz, aber auch große eigene Möglichkeiten auf dem europäischen Binnenmarkt. Und natürlich bedeutete er erhebliche EU-Mittel. Um die eigene Bevölkerung, aber auch jene in den „alten“ EU-Ländern, deren Repräsentanten die EU-Erweiterung ja ratifizieren sollten, für dieses Jahrhundertprojekt zu gewinnen, wurde im Vorfeld eine gewaltige Informationskampagne gestartet.

Der wohl wichtigste Befürworter war (der damalige) Papst Johannes Paul II. Er würdigte aber auch die Sorge der EU-Gegner um die „die Wahrung der kulturellen und religiösen Identität“ Polens und erwähnte zudem die Krisen der EU. Zum 1. Mai 2004, wurde Polen dann Mitglied der EU. Neben Anhängern mobilisierte der Beitrittsprozess zwangsläufig schon früh auch Gegner. „Wir haben uns nicht deshalb den Weg in die Unabhängigkeit freigekämpft, um jetzt einen Teil dieser Souveränität in die Hände irgendeiner übernationalen Institution abzugeben“ sagte 2001 ein nationalistischer Abgeordneter.

Es war alles in allem gut, in der EU zu sein. Wobei manche hinter vorgehaltener Hand fragten, ob man nicht die EU rücksichtslos „melken“ solle, solange es gehe, und sich ansonsten für Krisenzeiten ein Recht auf Illoyalität vorbehalten könne? Ein anderes Dilemma war, dass Polen, von der Geschichte geschwächt, zwar tapfer aufholte, aber die anderen, das „Alte“ Europa, immer noch schneller voraneilten und wie beim Wettlauf von Hase und Igel immer zuerst am Ziel waren. Dieses Hase-und-Igel-Spiel trägt, auf den Prozess der EU-Integration übertragen, den Namen „Europa der zwei Geschwindigkeiten“. Ein Schreckgespenst für Polen: abgehängt zu werden, wirtschaftlich, technologisch, sozial, und womöglich auf Dauer in einer Randzone geringeren Wohlstands und minderer Sicherheit zu verbleiben.

Neu bearbeitet und aktualisiert (2020) aus: Gerhard Gnauck: Polen verstehen. Geschichte, Politik, Gesellschaft, Klett-Cotta, Stuttgart 2018, S. 209-222.

Fassen Sie die Kernaussagen des Textes in wenigen Sätzen zusammen. Diskutieren Sie die hier geäußerten Chancen und Hoffnungen vor dem aktuellen Hintergrund der Entwicklungen in der NATO und der EU.

Arbeitsblatt 4: Zum Verhältnis Polen – Deutschland – USA

Nicht mehr Deutschland, sondern die USA sind aus polnischer Sicht der wichtigste Partner. [...] Trump bietet mehr militärische Präsenz und US-Hilfe bei der Energieversorgung. Polens Regierung, geführt von der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), nimmt dankend an. Gleichzeitig hat sich Warschau Rhetorik gegenüber Berlin verschärft. Der deutsche Nachbar gilt plötzlich als Problemfall.

Ein enges Verhältnis zwischen Washington und Warschau ist eigentlich nichts Neues. Seit dem Ende der Sowjetunion unterstützen die USA Polen, sei es bei der Integration in die Nato oder beim EU-Beitritt. Doch mit Trump kommt eine neue Ebene hinzu: die politische Ideologie. "Trump und die PiS-Regierung lehnen Immigration ab und richten ihre Politik nationalistisch aus", sagt Mary Curtin, die als Diplomatin den US-Botschafter in Polen beriet und heute an der University of Minnesota lehrt. "In Brüssel und Berlin macht das viele nervös, sie fürchten um die europäische Einheit."

Deutschland und Polen entfremden sich auch deshalb voneinander, weil sie unterschiedlich auf Trumps Außenpolitik reagieren. "Deutschland will ein stärkeres Bündnis der europäischen Partner, weil es glaubt, sich nicht mehr auf die USA verlassen zu können", erklärt Piotr Buras, Leiter der Denkfabrik European Council on Foreign Relations in Warschau. "In einer Welt, die zunehmend unvorhersehbar wird, will Polen hingegen eine starke Partnerschaft mit den USA aufbauen." Aus polnischer Sicht geht Deutschland zu beliebig mit sicherheitspolitischen Fragen um. Polen fürchtet russische Aggressionen, eine Annäherung an Moskau will es nicht akzeptieren.

Der polnischen Regierung gefällt deshalb, dass die USA ihre Militärpräsenz im Land ausweiten wollen. "Polnische Regierungspolitiker wissen sehr wohl, dass nicht alles, was Trump verspricht, auch umgesetzt werden muss", sagt Ex-Diplomatin Curtin. "Sie verlassen sich nicht darauf, aber probieren aus, was möglich ist." Polen kauft 32 US-Kampfflugzeuge des Typs F-35 und bietet seit einem Jahr an, Standort für eine permanente US-Basis zu werden. Trump hat bisher angekündigt, rund tausend zusätzliche US-Soldaten nach Polen zu entsenden.

Während die Verstärkung an der Nato-Ostflanke auch im deutschen Interesse ist, bleibt die Energiepolitik ein Streitthema. Deutschland unterstützt den Bau der Pipeline Nord Stream 2, die noch mehr russisches Gas nach Westen transportieren soll. Die polnische Regierung hingegen will sich von Russland unabhängig machen. Trump und Duda haben etwa vereinbart, flüssiges Erdgas aus den USA nach Polen fließen zu lassen. Mit seinen neuen Flüssiggasterminals will Polen auch anderen ost- und mitteleuropäischen Ländern eine Alternative zu russischem Gas bieten.

Aus: [Olivia Kortas, Polen bleibt Amerikas bester Freund, Der Standard, 30.8.2019 \(Link\)](#)

Aufgaben:

1. Stellen Sie die im Text aufgeführten Argumente zusammen, warum die USA für Polen der wichtigste politische Partner sind.
2. Worin unterscheidet sich das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen zu den USA?
3. Informieren Sie sich über den Bau der Pipeline Nord Stream 2. Führen Sie eine Diskussion aus deutscher und polnischer Sicht über die Vor- und Nachteile dieses Projekts.